

Gesundheitspolitik: Mehr für Medizin, solidarisch finanziert	2
Arbeitsmarktpolitik: Arbeitslose: Fördern wirkt	3
Corporate Governance: Rechtsform verhindert Mitbestimmung	4
Vermögen: Ein Prozent besitzt ein Drittel	6
Mitbestimmung: Glückliche Gewerkschafter	7
TrendTableau	8

EINKOMMEN

Reallöhne erstmals höher als im Jahr 2000

Die Bruttolöhne in Deutschland haben real erstmals wieder das Niveau der Jahrtausendwende erreicht. Stärker entwickelt haben sich die Tariflöhne, vor allem aber die Gewinn- und Vermögenseinkommen.

14 Jahre hat es gedauert: Ende 2014 lagen die durchschnittlichen Bruttolöhne je Beschäftigtem preisbereinigt um 1,4 Prozent höher als 2000. Ein Jahr zuvor hatten sie das Niveau der Jahrtausendwende noch unterschritten. Das zeigt die aktuelle Verteilungsbilanz des WSI-Tarifarchivs. Die vergangenen Jahre, in denen die Löhne real meist zulegten, haben die Verluste ausgeglichen, die in den 2000er-Jahren aufgelaufen waren. Schwierige wirtschaftliche Rahmenbedingungen und die Deregulierung am Arbeitsmarkt hatten damals die Entwicklung der Arbeitseinkommen gebremst. Der Niedriglohnsektor wuchs. Am Tiefpunkt der Entwicklung im Jahr 2009 hatten die realen Bruttolöhne um 4,3 Prozent niedriger gelegen als 2000.

Stärker sind die Tariflöhne und -gehälter gestiegen. Sie waren 2014 real um 10,9 Prozent höher als im Jahr 2000. Meist beobachteten die Experten des WSI-Tarifarchivs in diesem Zeitraum eine negative Lohndrift. Das heißt: Die Bruttoeinkommen, in die unter anderem auch die Löhne der nicht nach Tarif bezahlten Arbeitnehmer einfließen, blieben hinter den Tarifeinkommen zurück.

„Die neuesten Zahlen zeigen, dass die Lohnentwicklung in Deutschland langsam wieder ins Lot kommen könnte und dass das Tarifsystem dabei eine entscheidende Rolle spielt“, sagt WSI-Tarifexperte Reinhard Bispinck.* Deshalb sollten die von der Großen Koalition erweiterten Möglichkeiten, Tarifverträge allgemeinverbindlich zu erklären, konsequent angewendet werden. In den vergangenen anderthalb Jahrzehnten sank die Tarifbindung. Ein wichtiger Grund dafür, dass Steigerungen bei den Tariflöhnen nur zum Teil auf die Bruttoverdienste durchschlugen.

Die WSI-Berechnungen machen auch deutlich, dass die Einkommen aus Vermögen und Unternehmensgewinnen die Arbeitseinkommen nach wie vor weit hinter sich lassen: Von 2000 bis 2014 legten sie nach den Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nominal um rund 60 Prozent zu. Die nominalen Arbeitnehmerentgelte wuchsen dagegen nur um knapp 33 Prozent. 2014 ist der Abstand wegen der spürbaren Lohnsteigerungen und der niedrigen Zinsen klei-

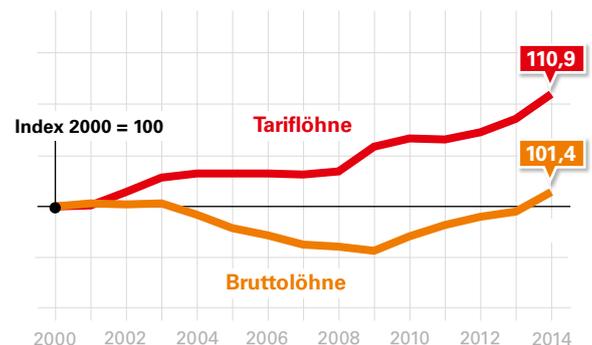
Vermögenseinkünfte weiter vorne

In Deutschland entwickelten sich die nominalen ...



Plus bei Tarifeinkommen größer

Je Arbeitnehmer änderten sich die realen ...



Quelle: Statistisches Bundesamt, WSI-Tarifarchiv 2015 | © Hans-Böckler-Stiftung 2015

ner geworden, allerdings nur geringfügig, betont Bispinck. „Bei der Lohnentwicklung ist also noch deutlich Luft nach oben“, sagt der Experte. „Es ist gesamtwirtschaftlich wichtig, diesen Spielraum zu nutzen. Wir sehen ja gerade, wie die Binnennachfrage das deutsche Wachstum stärkt. Das stabilisiert auch die Wirtschaft in den anderen Euro-Staaten.“

* Reinhard Bispinck ist Abteilungsleiter des WSI

Mehr für Medizin, solidarisch finanziert

Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem kostet Geld. Das ist der Bevölkerung bewusst. Die Mehrheit befürwortet daher steigende oder zumindest gleichbleibende Gesundheitsausgaben – vorausgesetzt, die Finanzierung erfolgt solidarisch.

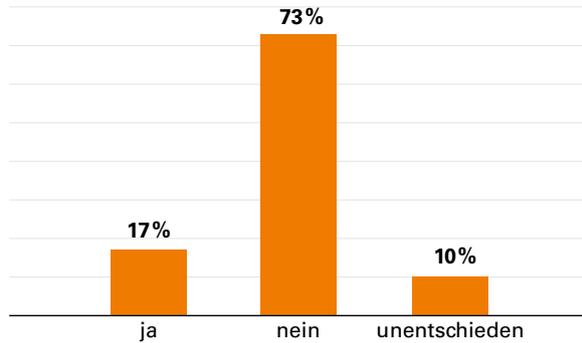
Kopfpauschale versus Bürgerversicherung: Dieser Streit ist nicht beendet, sondern nur vertagt. Der 2007 eingerichtete Gesundheitsfonds lässt eine Weiterentwicklung in beide Richtungen zu. Angesichts des medizinischen Fortschritts und der demografischen Entwicklung erwarten viele Experten, dass die Gesundheitsausgaben mittelfristig schneller steigen werden als die Einnahmen. Dass die Debatte um eine grundlegende Reform des Gesundheitswesens wieder ins Zentrum der politischen Auseinandersetzungen rückt, scheint daher nur eine Frage der Zeit zu sein.

Aber wie steht die Bevölkerung eigentlich zur Zukunft des Gesundheitssystems? Das haben Claus Wendt, Elias Naumann und Julia Klitzke von den Universitäten Siegen und Mannheim untersucht.* Sie stützen sich dabei auf eine repräsentative Befragung mit gut 1.200 Teilnehmern von 2013. Es zeigt sich:

- ▶ Mehr als die Hälfte sieht deutlichen **Reformbedarf im Gesundheitswesen**. In einer vergleichbaren Umfrage Mitte der 1990er-Jahre hatte sich erst ein Fünftel entsprechend geäußert.
- ▶ 73 Prozent sehen es als Aufgabe von Staat und Krankenkassen, eine **umfassende Gesundheitsversorgung, nicht nur eine Grundversorgung** der Bevölkerung sicherzustellen. Im Jahr 1996 hatten diesem Punkt lediglich 64 Prozent der Befragten zugestimmt.
- ▶ Nur etwa jeder Zehnte meint, Staat oder Krankenkassen

Der Staat ist gefragt

Ist der Staat nur für eine medizinische Grundversorgung zuständig?



„stimme voll/eher zu“ und „lehne voll/eher ab“ zusammengefasst
Quelle: Wendt u.a. 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2015

sollten für Gesundheit weniger Geld ausgeben. Die meisten halten gleichbleibende oder höhere Ausgaben für nötig. **Jeder Dritte ist bereit, persönlich mehr zu bezahlen**, „um die Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Deutschland zu verbessern“.

- ▶ Konfrontiert mit mehreren Vorschlägen, wie sich Einnahmen und Ausgaben des Gesundheitssystems im Gleichgewicht halten lassen, beziehen die Befragten recht unterschiedliche Positionen. Deutlich wird aber: **Am unbeliebtesten sind Leistungseinschränkungen**; Sparpotenzial sehen die meisten bei der Vergütung von Ärzten und Apothekern. Steuererhöhungen würden auf etwas größere Akzeptanz stoßen als steigende Krankenkassenbeiträge.
- ▶ **Private Selbst- und Zuzahlungen sehen viele mit Skepsis**. Vor allem bei der inzwischen wieder abgeschafften Praxisgebühr plädierten über 80 Prozent für ersatzloses Streichen. Die Zuzahlungen beim Zahnarzt wollen zwei Drittel der Interviewten senken oder ganz streichen. Am ehesten erfahren noch die Zusatzgebühren für den Krankenhausaufenthalt eine gewisse Zustimmung. Knapp die Hälfte will sie beibehalten oder sogar erhöhen.
- ▶ **83 Prozent sind gegen pauschale, nicht ans Einkommen gekoppelte Versicherungsbeiträge**. Dies gilt unabhängig davon, wie hoch eine Kopfpauschale ausfallen würde. Selbst bei einem unrealistisch niedrigen Wert von 100 Euro im Monat äußern sich vier Fünftel ablehnend.

Hier zeige sich, so Wendt, Naumann und Klitzke, „eine nach wie vor hohe Solidarität in der deutschen Bevölkerung, wenn es um die Frage der Absicherung im Krankheitsfall geht“. Im Übrigen seien die eigene wirtschaftliche Situation und die Haltung zur Kopfpauschale nur schwach korreliert: In höheren Einkommensgruppen sind Befürworter zwar häufiger, bilden aber auch dort keine Mehrheit.

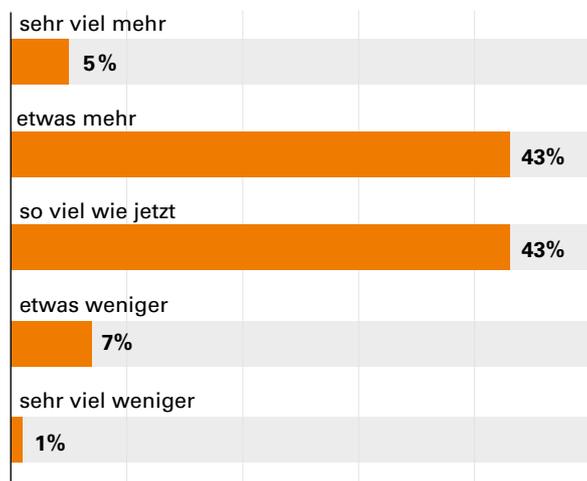
In den vergangenen Jahren wandten die Deutschen etwa elf Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Gesundheit auf. Zwei Drittel davon finanzierte die Sozialversicherung, die anderen Ausgaben speisten sich aus Steuern, privaten Krankenversicherungsbeiträgen sowie Selbst- und Zuzahlungen. ◀

* Quelle: Claus Wendt, Elias Naumann, Julia Klitzke: Reformbedarf im deutschen Gesundheitssystem aus Sicht der Bevölkerung, in: Zeitschrift für Sozialreform 4/2014

Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Gesundheit ist ihr Geld wert

Für Gesundheit ausgeben sollte der Staat ...



Quelle: Wendt u.a. 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2015

Arbeitslose: Fördern wirkt

Fördermaßnahmen wie Weiterbildung oder Eingliederungszuschüsse sind ein sinnvolles Mittel gegen Arbeitslosigkeit. Das gilt auch dann, wenn man die Nebenwirkungen berücksichtigt.

Auch wenn sich die Beschäftigung hierzulande insgesamt günstig entwickelt, haben es viele Arbeitslose nach wie vor schwer, einen Job zu finden. Fördermaßnahmen der Arbeitsagenturen sollen ihnen dabei helfen. Kritiker halten solche Programme für sinnlos. Für sie ist aktive Arbeitsmarktpolitik ein Nullsummenspiel: Wenn ein Betrieb einen Geförderten einstellt, gehe dafür ein anderer Arbeitsloser leer aus. Die Arbeitsmarktsituation insgesamt, so die Skeptiker, bleibe unverändert. Ob diese These stichhaltig ist, haben Rüdiger Wapler, Daniel Werner und Katja Wolf empirisch untersucht.* Die Ökonomen vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) können zeigen, dass die Förderung von Arbeitslosen sich unter dem Strich positiv auswirkt. Der Nutzen für die Maßnahmeteilnehmer sei größer als etwaige Nachteile für Nichtteilnehmer.

Wie aktive Arbeitsmarktpolitik sich gesamtwirtschaftlich auszahlen kann, lasse sich theoretisch als Verbesserung des „Matching-Prozesses“ auf dem Arbeitsmarkt beschreiben, so die IAB-Forscher. Fördermaßnahmen tragen demnach zum

einen dazu bei, die Qualifikation von Arbeitslosen an den Bedarf der Unternehmen anzupassen. Zum anderen erhöhe sich die Suchaktivität der Geförderten. Zudem könne die Teilnahme an Maßnahmen auch als Ersatz für Berufserfahrung dienen. Im Ergebnis fänden Jobsucher und freie Stellen eher zueinander.

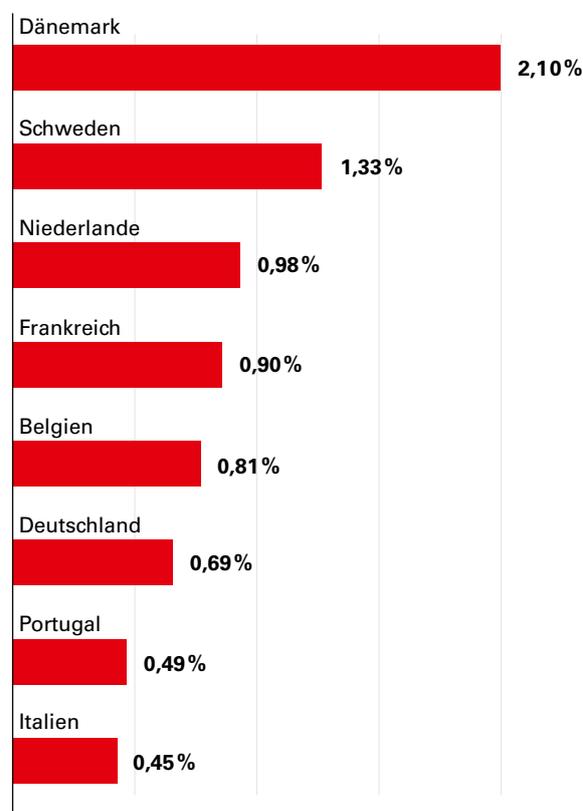
Empirisch haben die Wirtschaftswissenschaftler diese Annahmen mithilfe eines IAB-Datensatzes untersucht, der Informationen zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Arbeitslosen in sämtlichen 176 Arbeitsagenturbezirken für den Zeitraum vom zweiten Quartal 2006 bis Ende 2010 enthält. Betrachtet wurde die Wirksamkeit von drei verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten bei Arbeitssuchenden im Rechtskreis des Sozialgesetzbuches III: Förderung der beruflichen Weiterbildung, Trainingsmaßnahmen – also beispielsweise Bewerbungs- oder Computerkurse – und Eingliederungszuschüsse. Die Autoren haben geprüft, ob es auf regionaler Ebene einen Zusammenhang zwischen dem Einsatz dieser Instrumente und den Übergängen von Arbeitslosen in nicht subventionierte Beschäftigung gibt. Ihre Berechnungen beziehen sich auf die Gesamtzahl der Übergänge von Maßnahmeteilnehmern und Nichtteilnehmern. Das heißt: Die Ergebnisse spiegeln auch indirekte Effekte auf nicht geförderte Jobsucher wider.

Zwischen den Arbeitsagenturbezirken gibt es laut der Auswertung deutliche Differenzen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Im Schnitt erhalten 11,4 Prozent aller Jobsucher berufliche Weiterbildung, Trainingsmaßnahmen oder Eingliederungszuschüsse, in Duisburg sind es nur 6,8 Prozent, in Riesa 18,8 Prozent. Die Forscher haben zunächst berechnet, wie sich der Anteil sämtlicher Maßnahmeteilnehmer auf die Abgänge in Beschäftigung auswirkt und dabei Merkmale der Arbeitslosen und der regionalen Wirtschaftsstruktur wie den Frauenanteil, die Bedeutung des Dienstleistungssektors oder die Hartz-IV-Quote sowie saisonale Einflüsse herausgerechnet. Das Ergebnis: Es scheint auf den ersten Blick keinen messbaren Zusammenhang zu geben.

Das ändert sich allerdings, wenn die Analyse für laufende und abgeschlossene Maßnahmen getrennt durchgeführt wird. Der Anteil der aktuell Geförderten wirkt sich dann negativ aus. Das ist aus Sicht der IAB-Ökonomen nicht überraschend, sie erklären es damit, dass die Suchintensität während der Teilnahme an einer Maßnahme zunächst sinkt und die positiven Effekte erst im Anschluss wirksam werden. Daher wäre es nach ihrer Einschätzung irreführend, von diesem Befund auf die Wirksamkeit aktiver Arbeitsmarktpolitik zu schließen. Tatsächlich ergibt sich ein völlig anderes Bild, wenn es um die Gruppe der ehemaligen Teilnehmer geht: Je höher der Anteil derjenigen ist, die eine Maßnahme in der ersten Hälfte des jeweiligen Quartals abgeschlossen haben, desto mehr Arbeitslose finden insgesamt einen Job. ◀

Dänen sind besonders aktiv

So hoch war 2012 der Anteil der Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik am Bruttoinlandsprodukt in ...



Quelle: OECD 2015 | © Hans-Böckler-Stiftung 2015

* Quelle: Rüdiger Wapler, Daniel Werner, Katja Wolf: Active labour-market policies in Germany – Do regional labour markets benefit?, IAB Discussion Paper 28/2014, Dezember 2014

[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](#)

Rechtsform verhindert Mitbestimmung

Bestimmte Rechtsformen erlauben Unternehmen die Umgehung der Mitbestimmung im Aufsichtsrat. Lange nutzten nur wenige Firmen die Rechtslücke, doch seit der Jahrtausendwende kommen immer mehr hinzu. Experten sehen politischen Handlungsbedarf.

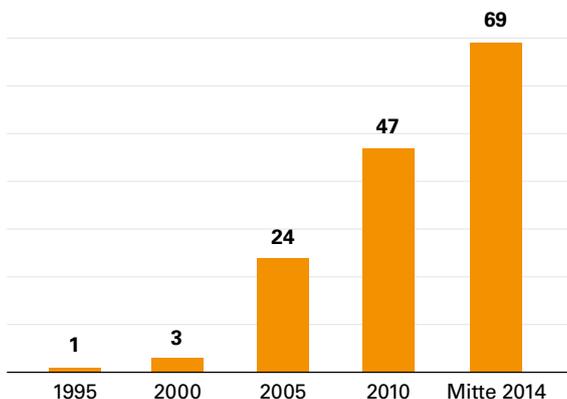
Ab 500 Beschäftigten fällt ein Drittel der Sitze im Aufsichtsrat an die Arbeitnehmer. Bei mehr als 2.000 Mitarbeitern ist das Kontrollgremium paritätisch zu besetzen. Das gilt für deutsche Kapitalgesellschaften. Die gesetzlichen Regelungen stammen aus einer Zeit, in der nicht absehbar war, dass der europäische Einigungsprozess zur Zulassung aller möglichen ausländischen Rechtsformen in Deutschland führen würde. Entsprechend fehlen in den Gesetzen zur Mitbestimmung Hinweise auf den Umgang mit Unternehmen, die etwa als B.V., Ltd. oder Plc firmieren. Zwar spreche einiges für die analoge Anwendung von Mitbestimmungs- und Drittelbeteiligungsgesetz, sagt Mitbestimmungsexperte Sebastian Sick von der Hans-Böckler-Stiftung. Doch „die herrschende Ansicht“ lehne diese Sichtweise ab, weil die Gesetze nun einmal nur deutsche Rechtsformen nennen.

Lange waren es relativ wenige Unternehmen, vor allem Niederlassungen amerikanischer Konzerne, die ihre Geschäfte trotz 500 oder mehr Beschäftigten ohne Arbeitnehmer im Aufsichtsrat machen konnten. Allerdings hat sich der Wind gedreht. Im neuen Jahrtausend verzeichnet die Gruppe der Mitbestimmungsverweigerer regen Zulauf. So sind inzwischen mehr als 200.000 Arbeitnehmer in 94 Firmen von der unternehmerischen Mitbestimmung ausgeschlossen. Das geht aus einer Erhebung des Juraprofessors Walter Bayer im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung hervor.*

Unselbstständige Niederlassungen, beispielsweise bloße Zweigstellen, ausländischer Konzerne spielen der Studie zufolge eher eine geringe Rolle. Enorm gestiegen ist aber die Zahl deutscher Gesellschaften, die sich eines Konstrukts mit ausländischer Rechtsform bedienen. Meist in Form der

Klarer Trend

2014 gab es 69 Unternehmen mit der Rechtsform **Auslandsgesellschaft & Co. KG**, die über 500 Beschäftigte, aber keine Mitbestimmung im Aufsichtsrat hatten. Davon existierten bereits ...



Quelle: Sick 2015 | © Hans-Böckler-Stiftung 2015

Mitbestimmung blockiert

Über 500 Mitarbeiter, aber wegen ihrer Konstruktion als ausländische Kapitalgesellschaft & Co. KG keine Arbeitnehmerbeteiligung im Aufsichtsrat haben ...

Adecco Germany Holding SA & Co. KG (Leiharbeit)
AGCO Deutschland Limited & Co. KG (Landmaschinen)
Agfa-Gevaert NV & Co. KG (IT, Druckereiprodukte)
Air Berlin PLC & Co. Luftverkehrs KG
ALBA Group plc & Co. KG (Entsorgung und Recycling)
apetito catering B.V. & Co. KG (Catering)
Autoliv B.V. & Co. KG (Autozulieferer)
Basler Versicherung Beteiligungen B.V. & Co. KG
C&A Mode GmbH & Co. KG (Einzelhandel)
Dachser GmbH & Co. KG (Logistik)
DIW Instandhaltung Ltd. & Co. KG (Logistik)
DS Smith Stange B.V. & Co. KG (Verpackungsmittel)
E.G.O. Elektro-Geräte GmbH & Co. Holding KG
Endress + Hauser Deutschland AG + Co. KG (Mess-, Regeltechnik)
Esprit Retail B.V. & Co. KG (Einzelhandel)
Festo AG & Co. KG (Automatisierungstechnik)
Festo GmbH & Co. KG
fischer holding GmbH & Co. KG (Befestigungssysteme)
Georg Fischer B.V. & Co. KG (Rohrleitungskomponenten)
Globalfoundries Dresden Module One LLC & Co. KG (Halbleiter)
Globalfoundries Dresden Module Two LLC & Co. KG
Globalfoundries Management Services LLC & Co. KG
H&M Hennes & Mauritz B.V. & Co. KG (Einzelhandel)
H&M Hennes & Mauritz Logistik AB & Co. KG (Logistik)
HGDF Familienholding Ltd. & Co. KG (Beteiligungen)
Hiestand Beteiligungsholding AG & Co. KG (Beteiligungen)
Hüls AG & Co. KG (Möbel)
Imperial Logistics International B.V. & Co. KG (Logistik)
Intech Deutschland GmbH & Co. KG (B.V.) (Gebäudetechnik-Service)
John Deere GmbH & Co. KG (Landtechnik)
Johnson Controls Metals Holding Ltd. & Co. KG (Metallkomponenten)
K - Mail Order GmbH & Co. KG (Versandhandel)
K+K Klaas & Kock B.V. & Co. KG (Einzelhandel)
Kühne + Nagel (AG & Co.) KG (Logistik)
KWD Automotive AG & Co. KG (Autozulieferer)
Lekkerland AG & Co. KG (Großhandel)
Lekkerland Deutschland GmbH & Co. KG
Müller Ltd. & Co. KG (Einzelhandel)
Netto ApS & Co. KG (Einzelhandel)
New Yorker S.H.K. Jeans GmbH & Co. KG (Einzelhandel)
nobilis-Werke J. Stickling GmbH & Co. KG (Küchen)
Nordson Holdings S.à r.l. & Co. KG (Anlagenbau)
Oerlikon Textile GmbH & Co. KG (Textiltechnologie)
Oracle Deutschland B.V. & Co. KG (Soft- und Hardware)
persona service AG & Co. KG Kassel (Leiharbeit)
persona service AG & Co. KG Nürnberg
Postcon Deutschland B.V. & Co. KG (Logistik)

„... & Co. KG“, wobei vor dem Anhängsel eine ausländische Rechtsform steht. Ein Beispiel ist die Ltd. & Co. KG. Zuweilen ist auf den ersten Blick aber nicht zu erkennen, dass es sich um eine Konstruktion mit ausländischer Rechtsform handelt, etwa bei einer GmbH & Co. KG, deren GmbH nicht deutschem, sondern dem Luxemburger, Schweizer oder österreichischen Recht entspricht.

- Primark** Mode Ltd. & Co.KG (Einzelhandel)
- Prinovis** Ltd. & Co. KG (Druckdienstleistungen)
- QVC** Deutschland Inc. & Co. KG (Versandhandel)
- QVC** eDistribution Inc. & Co. KG
- QVC** eService Inc. & Co. KG
- Rittal** GmbH & Co. KG (Gehäuse- und Schaltsysteme)
- Rolls-Royce** Deutschland Ltd. & Co. KG (Triebwerke)
- RPC** Packaging Deutschland B.V. & Co. KG (Verpackungsmittel)
- Schindler** Deutschland AG & Co. KG (Aufzüge)
- Schnellecke** Group AG & Co. KG (Logistik)
- SG Holdings** AG & Co. KG (Kfz-Handel u.a.)
- Sodexo** Beteiligungs B.V. & Co. KG (Catering)
- Stute** Logistics (AG & Co.) KG (Logistik)
- Sykes** Enterprises Support Services B.V. & Co. KG (Unternehmensdienstleistungen)
- TJX** Deutschland Ltd. & Co. KG (Einzelhandel)
- Tobaccoland** Automatengesellschaft MBH & Co.
- Vetter** Pharma-Fertigung GmbH & Co. KG (Pharmazulieferer)
- Viessmann** Werke GmbH & Co KG (Heiztechnik)
- Wegmann** Unternehmens-Holding GmbH & Co. KG (Beteiligungen)
- Welle** Holding AG + Co. KG (Möbel)
- ZARA** Deutschland B.V. & Co. (Einzelhandel)
- Zur Muehlen** ApS & Co. KG (Fleisch- und Wurstwaren)

Unselbstständige Niederlassungen in Deutschland mit über 500 Mitarbeitern, aber ohne Arbeitnehmerbeteiligung im Aufsichtsrat haben ...

- AIDA** Cruises (Kreuzfahrten)
- AIG** Europe (Versicherung)
- American Express** International (Kreditkarten)
- American Express** Services Europe
- Atradius** Kreditversicherung
- Bain & Company** (Unternehmensberatung)
- Barclaycard** Barclays Bank
- Basler** Leben / Basler Versicherung
- BNP Paribas** (Bank)
- Cortal Consors** (Bank)
- CWT** Beheermaatschappij (Reisebüro)
- Enrichment Technology Company** (Urananreicherungsanlagen)
- Federal Express** Europe (Logistik)
- Ford Bank**
- Giorgio Armani** Retail (Einzelhandel)
- Helvetia** Schweizerische Versicherungsgesellschaft
- Hilti** (Werkzeug)
- Kentucky Fried Chicken** (Gastronomie)
- McDonald's** (Gastronomie)
- McKinsey & Company** (Unternehmensberatung)
- Mitsubishi Electric** Europe (Autozulieferer)
- Rockwool** (Wärme-, Schall- und Brandschutz)
- Swiss Life** (Versicherung)
- Weleda** (Pharma und Kosmetik)
- Yazaki** Europe (Autozulieferer)

Quelle: Sick 2015 | © Hans-Böckler-Stiftung 2015

2014 gab es in Deutschland 69 nach diesem Muster gegründete Unternehmen, die so die Mitbestimmung im Aufsichtsrat verhinderten. Vor 2000 existierten davon erst drei. 51 der 69 Unternehmen hatten mehr als 2000 Beschäftigte. Noch 2006 hatten die Wissenschaftler in der „Regierungskommission zur Modernisierung der deutschen Unternehmensmitbestimmung“, der sogenannten Biedenkopf-Kommission, das Problem zwar erkannt, aber für gering gehalten. Ihre Empfehlung lautete damals: weiter beobachten.

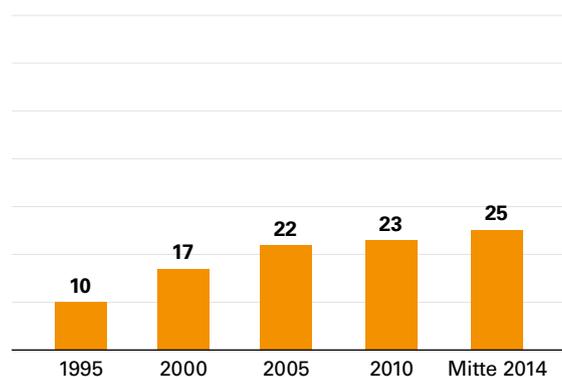
Angesichts der jüngsten Entwicklungen sei nun jedoch der Zeitpunkt zum Handeln gekommen, so Mitbestimmungsfachmann Sick. Die Zahl der betroffenen Unternehmen habe „dramatisch zugenommen“ und ganz gleich, „welche Motive hinter der Wahl der Unternehmensform stehen: Für die Beschäftigten bedeutet der rechtliche Sonderstatus, dass sie ihre Mitbestimmungsrechte nicht wahrnehmen können. Dieser faktische Entzug von Rechten ist nicht gerechtfertigt“. Der nationale Gesetzgeber müsse die Mitbestimmung auf Auslandsgesellschaften „erstrecken“. Zudem sollten in Europa generelle Mindeststandards für die Mitbestimmung gelten.

Besonders absurd an der aktuellen Situation sei, dass sich auch Unternehmen ohne echten Auslandsbezug durch eine bestimmte Rechtsformwahl der Arbeitnehmermitsprache im Aufsichtsrat entziehen könnten, betont der Jurist. Bloße Briefkastengründungen im Ausland reichten aus, auch wenn das Unternehmen vollständig in Deutschland tätig sei. Als Beispiel für eine „Scheinauslandsgesellschaft“ nennt er die Berliner Entsorgungs- und Recycling-Firma Alba Group plc & Co. KG. Deren Chef ist im Übrigen Eric Schweitzer – der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages. Es sei bemerkenswert, dass dieser „keinen Wert auf die Einhaltung der deutschen Mitbestimmungsstandards in seinem eigenen Unternehmen legt“, schreibt Sick. ◀

* Quelle: Sebastian Sick: Der deutschen Mitbestimmung entzogen: Unternehmen mit ausländischer Rechtsform nehmen zu, Report der Mitbestimmungsförderung in der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 8, Februar 2015
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

Moderater Zuwachs

2014 gab es 25 **Niederlassungen von Auslands-gesellschaften**, die über 500 Beschäftigte, aber keine Mitbestimmung im Aufsichtsrat hatten. Davon existierten bereits ...



Quelle: Sick 2015 | © Hans-Böckler-Stiftung 2015

Ein Prozent besitzt ein Drittel

Die reichsten Haushalte vereinen höchstwahrscheinlich einen größeren Anteil am Gesamtvermögen in Deutschland auf sich als bislang angenommen. Allein dem vermögendsten Prozent kann bis zu einem Drittel des gesamten Eigentums zugerechnet werden, und nicht nur ein Fünftel. Das zeigt eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie.*

55 Milliardäre und Multimilliardäre mit deutscher Staatsangehörigkeit hat das US-Wirtschaftsmagazin „Forbes“ 2012 gezählt. 2002 standen erst 34 Deutsche auf der Liste des globalen Geldadels. In den gängigen wissenschaftlichen Untersuchungen zur Verteilung in der Bundesrepublik kommen diese Top-Vermögen bisher aber kaum vor. Der Grund: Da es keine Vermögensteuer mehr gibt, fehlen amtliche Daten zum Vermögen von Superreichen. Die einschlägigen Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) oder der Bundesbank beruhen wiederum auf groß angelegten freiwilligen Umfragen. Die sind zwar für rund 99 Prozent der Bevölkerung repräsentativ. Doch der extreme Reichtum ist so kaum messbar. Denn er konzentriert sich auf eine sehr kleine Personengruppe, die von Umfragen kaum erfasst wird.

Multimillionäre und Milliardäre kommen in den gängigen

Studien kaum vor. So besitzt der reichste Haushalt im vom DIW organisierten Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) netto, also nach Abzug von Schulden, „nur“ knapp 50 Millionen Euro. Die Bundesbank-Studie „Private Haushalte und ihre Finanzen“ weist für den wohlhabendsten in ihrer Stichprobe erfassten Haushalt einen Nettobesitz von unter 80 Millionen aus. Enorm viel Geld – aber doch weit entfernt vom oberen Ende der Vermögenshierarchie, wo der Besitz mindestens im dreistelligen Millionenbereich liegt. „Im Ergebnis bedeutet dies, dass das wahre Ausmaß an Vermögensungleichheit unterschätzt wird, weil ein wichtiger Teil des Vermögens schlicht im Dunkeln bleibt“, erklären Christian Westermeier und Markus Grabka vom DIW. Zumal auch die „einfachen“ Millionäre in den Panels untererfasst sein dürften. Dabei ließ sich an der Bundesbank-Untersuchung und den Studien anderer europäischen Notenbanken ablesen, dass die Ungleichheit in Deutschland schon auf Basis der vorliegenden lückenhaften Daten größer ist als in allen anderen Euroländern außer Österreich.

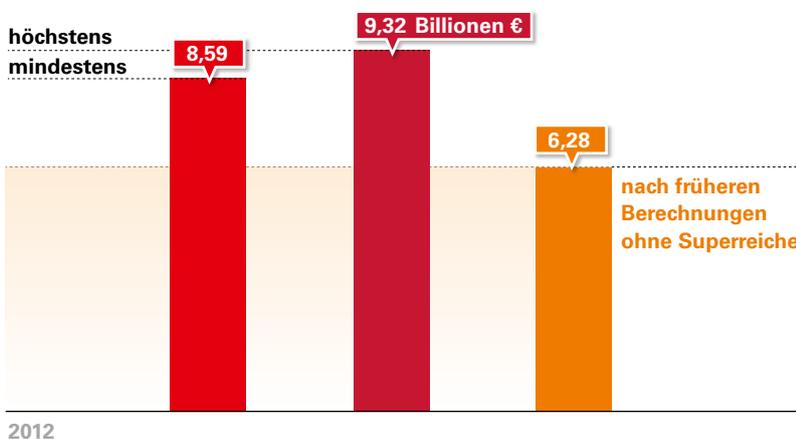
In einem Böckler-geförderten Projekt loten die beiden DIW-Verteilungsforscher Möglichkeiten aus, die Lücken in der Vermögensstatistik zu reduzieren. Dazu wenden sie ein Verfahren an, um sich dem Besitz von Superreichen anzunähern. Ausgehend von den deutschen Milliardären auf der „Forbes“-Liste leiten sie statistische Muster zur Verbreitung von Top-Vermögen ab. Ihr Modell erlaubt auch ergänzende Schätzungen zu den Vermögen von Millionären und Multimillionären, die deutlich zahlreicher sind als Milliardäre.

Allerdings ist das Verfahren mit Unsicherheiten behaftet: Denn bei stichprobenartigen nachträglichen Abgleichen der „Forbes“-Liste mit den Steuerdaten verstorbener US-Superreicher erwiesen sich die geschätzten Vermögen beispielsweise als tendenziell zu hoch gegriffen. Grabka und Westermeier variieren deshalb die Parameter in ihren Schätzungen systematisch. So kommen sie auf verschiedene Szenarien, mit denen sich zumindest recht plausible Ober- und Untergrenzen für die Vermögen von Superreichen in Deutschland ansetzen lassen.

Gesamtvermögen könnte um zwei bis drei Billionen Euro höher sein. Egal, welches Szenario man wählt, eines wird beim Blick auf die Daten der Forscher sofort klar: Wenn die bislang vernachlässigten Top-Vermögen hinzugeschätzt werden, steigt das Gesamtvermögen in Deutschland stark

Zwei bis drei Billionen reicher

Unter Berücksichtigung der Vermögen von Superreichen beträgt das Netto-Gesamtvermögen in Deutschland ...



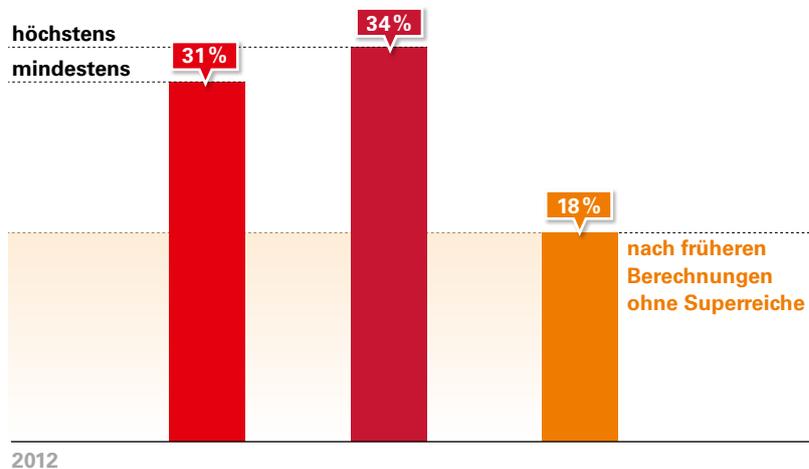
Quelle: Westermeier, Grabka 2015 | © Hans-Böckler-Stiftung 2015

an. Beispiel 2012: Nach den reinen SOEP-Daten besaßen die privaten Haushalte netto knapp 6,3 Billionen Euro. Bezieht man den geschätzten Besitz der Superreichen mit ein, sind es mindestens rund 8,6 Billionen, maximal sogar etwa 9,3 Billionen Euro. Der starke Zuwachs belegt die hohe Relevanz sehr hoher Vermögen für die Vermögensverteilung, schreiben die Forscher.

Dem reichsten Hundertstel dürfte bis zu einem Drittel aller Vermögen gehören. Auch der wirtschaftliche Abstand zwischen den Reichsten und dem Gros der Gesellschaft wächst noch einmal beträchtlich, wenn die geschätzten Top-Vermögen in die Analyse einbezogen werden. Das lässt sich

Höhere Konzentration an der Spitze

Unter Berücksichtigung der Vermögen von Superreichen beträgt der Anteil des reichsten Hundertstels am gesamten Nettovermögen ...



2012

Quelle: Westermeier, Grabka 2015 | © Hans-Böckler-Stiftung 2015

etwa daran ablesen, wie viel das reichste Hundertstel vom gesamten Nettovermögen im Land hält. Zu dieser Gruppe zählen auf Basis der nicht-erweiterten SOEP-Daten Haushalte, die über ein Nettovermögen von mindestens 1,35 Millionen Euro verfügen. Nach der Hinzuschätzung steigt diese Untergrenze noch einmal an – und gleichzeitig fällt der Anteil des obersten Prozents am Gesamtvermögen weitaus größer aus: Statt 18 Prozent, die das SOEP ohne Ergänzung für das Jahr 2012 ausweist, rechnen die Forscher nun mit 31 bis

Auf dieser Basis kalkulieren Grabka und Westermeier mit 14 bis 16 Prozent, die das reichste Tausendstel besitzt. Und im Zeitverlauf seit 2002 sei dieser Anteil stabil geblieben. Finanzmarktkrise und Niedrigzinsphase scheinen die Top-Vermögenden also kaum geschädigt zu haben. ◀

* Quelle: Christian Westermeier, Markus M. Grabka: Große statistische Unsicherheit beim Anteil der Top-Vermögenden in Deutschland. DIW-Wochenbericht 7/2015

[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](#)

MITBESTIMMUNG

Glückliche Gewerkschafter

Mitglieder von Gewerkschaften sind zufriedener. Das haben zwei US-Wissenschaftler herausgefunden.

Wer Mitglied in einer Gewerkschaft in den USA ist, führt ein glücklicheres Leben. Das ist das Ergebnis einer Studie von Patrick Flavin von der Baylor University in Waco und Gregory Shufeldt von der University of Arkansas in Little Rock.* Die Politikwissenschaftler werteten Erhebungen zur Lebensqualität in den USA aus zwei Jahrzehnten aus. Sie fanden heraus, dass Gewerkschaftsmitglieder nicht nur größere Befriedigung bei der Arbeit erleben, sondern auch im Leben zufriedener sind als Menschen, die nicht in einer Gewerkschaft organisiert sind.

Die Forscher erklären dies dadurch, dass Gewerkschafter sich weniger Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen müssten, da sie besser vor Kündigung geschützt seien. Zudem profitierten sie von zahlreichen Möglichkeiten der sozialen Interaktion und der Teilhabe, die eine Gewerkschaft bietet.

Wer seine Arbeit als positive Erfahrung wahrnehme, so die Forscher, sei insgesamt zufriedener und gesünder – schließlich verbrachten Beschäftigte einen großen Teil ihrer Lebens-

zeit am Arbeitsplatz. Umgekehrt hätten zahlreiche Studien gezeigt, dass Unzufriedenheit im Job oder Arbeitslosigkeit eine große Belastung darstellen.

In ihrer Analyse überprüften die beiden Wissenschaftler, welche anderen Faktoren die Lebenszufriedenheit beeinflussen, zum Beispiel Alter, Geschlecht oder Einkommen. Auch unter Berücksichtigung dieser Faktoren war der positive Einfluss einer Gewerkschaftsmitgliedschaft signifikant.

Flavin und Shufeldt weisen allerdings daraufhin, dass es für Beschäftigte in den USA zunehmend schwierig geworden sei, sich zu organisieren. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder sei in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken, der Anteil liege nur noch bei 11,3 Prozent aller Beschäftigten. Die Forscher führen dies auf Gegenwind aus der Politik zurück. ◀

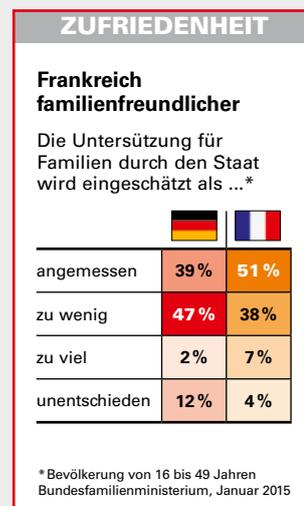
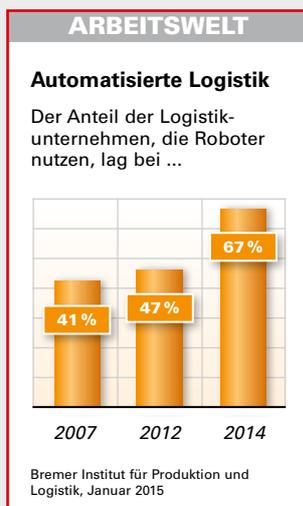
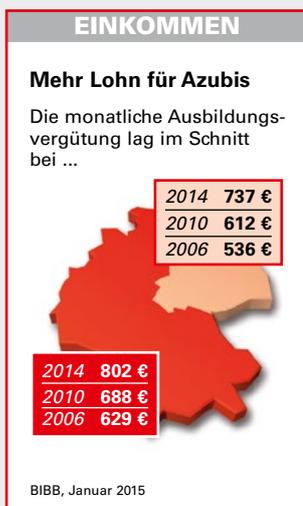
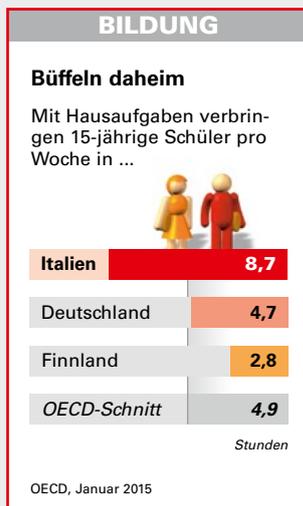
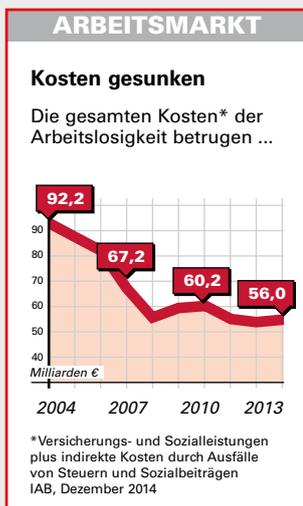
* Quelle: Patrick Flavin, Gregory Shufeldt: Labor Union Membership and Life Satisfaction in the United States, Baylor University, Oktober 2014
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](#)

Impressum

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon: 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung
Redaktion: Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen,
 Dr. Kai Kühne, Katja Wolf; **E-Mail:** redaktion-impuls@boeckler.de
Telefon: 02 11 / 77 78-148, **Fax:** 02 11 / 77 78-207
Druck und Versand: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56,
 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Grafiken zum Download (Abdruck frei nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle) sowie weitere Informationen unter boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **ARBEITSMARKT:** Die Arbeitslosigkeit steigt mit jedem Grad Frost im Januar um 14.000 Personen, wie eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigt. Liegt die Durchschnittstemperatur im Januar über der Null-Grad-Grenze, ist die Arbeitslosigkeit im Schnitt um 4.000 Personen niedriger. Das gilt auch für den milden Januar in diesem Jahr. Von

Februar bis April wirkt sich dagegen der Faktor Schnee stärker aus. Eine ein Zentimeter höhere Schneedecke bedeutet im Februar durchschnittlich 3.400 Arbeitslose mehr, im März 4.000. In einem vollkommen schneefreien Februar würde die Arbeitslosigkeit um 15.000 Personen sinken, im März um 14.000.

Quelle: IAB, Februar 2015

► **GENDER:** Wenn mehr Frauen in Führungspositionen arbeiten, steigen auch die Beförderungschancen von weiblichen Beschäftigten auf den unteren Hierarchieebenen. Das ist Ergebnis einer Analyse von Arbeitnehmerdaten aus über 4.000 Unternehmen in Norwegen, die das Bonner Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) veröffentlicht hat. Die Studienautorinnen Ast-

rid Kunze und Amalia Miller gehen davon aus, dass sogenannte „Spillover-Effekte“ ausschlaggebend sind: Weibliche Führungskräfte steigern die Aufstiegschancen anderer Frauen im Unternehmen nicht nur durch aktive Beförderungentscheidungen, sondern zusätzlich durch ihre Funktion als Vorbilder und Mentorinnen.

Quelle: IZA, Februar 2015

Der nächste Böckler Impuls erscheint am 5. März

bestellen unter boecklerimpuls.de